Beiträge zur gesellschaftswissenschaftlichen Forschung

Band 23

Biopolitik grenzenlos

Stimmen aus Polen

Heidi Hofmann (Hg.)

Centaurus Verlag
Herbolzheim 2005

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek:
Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten
sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar

ISBN 3-8255-0510-3

ISSN 0177-2740

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© CENTAURUS Verlags-GmbH. & Co. KG, Herbolzheim 2005

Lektorat und Satz: Waltraud Ull

Umschlaggestaltung: Gosia Gliwinska

Druck: primotec-printware, Herbolzheim

Für meine Großmutter Friedericka Löhr

Ihr ist auch der folgende Vers gewidmet

Speak proudly to your children
where ever you may find them
tell them
you are the offspring of slaves
and your mother was
a princess
in darkness

Aus: Audre Lorde, „For Each of You“

Inhaltverzeichnis

	Seiten
Heidi Hofmann: Einleitung	9 - 17
Weronika Chańska: Reproduktionstechnologien – Stand der Debatte	19 - 50
Marian Szamatowicz: Die Unfruchtbarkeitstherapie mit den Methoden der Assistierten Reproduktionstechnologie (ART) in Polen	51 - 54
Alicja Przyłuska-Fiszer: Die bioethische Diskussion über Reproduktions-technologien und Embryonenforschung in Polen	55 - 84
Magdalena Środa: Hindernisse und Chancen der Moraldebatte in Polen und die Marginalisierung von Frauen	85 - 106
Zbigniew Szawarski: Ethics and prenatal screening	107 - 122
Anna Sobolewska: Die Grenzen der Biotechnologie, die Grenzen der Menschheit	123 - 154
Gesine Fuchs: Reproduktion und Reproduktionstechnologien in den Debatten der polnischen Frauenbewegung	155 - 188
Sylwia Spurek / Izabela Jaruga-Nowacka: Sylwia Spurek spricht mit Izabela Jaruga-Nowacka, Regierungs-beauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern	189 - 194

Eleonora Zielińska:
Der Schutz des Embryos und die Rechte der Frauen bei der Reproduktion in Polen 195 - 220

Maria Boratyńska / Przemysław Konieczniak:
Wie beeinflusst die medizinisch unterstützte Fortpflanzung das Abstammungsrecht des Kindes? Eine juristische Perspektive 221 - 244

Janusz Symonides:
Bioethik – internationale Regelungen unter besonderer Berücksichtigung Polens 245 - 268

Piotr Pałasz:
Der Verein zur Behandlung der Unfruchtbarkeit und Förderung der Adoption „Unser Storch" 269 - 272

Heidi Hofmann:
Reproduktionstechnologien bedeuten soziokulturelle Veränderungen – Eine bundesdeutsche Sicht 273 - 292

Stimmen aus Polen –
Stimmen aus Deutschland –
Stimmen aus Polen und Deutschland –
Stimmen aus Europa.

Heidi Hofmann spricht mit ... 293 - 322

... Aleksandra Solik 295 - 302

... Sigrid Graumann 303 - 308

... Bożena Chołuj 309 - 316

... Kathrin Braun 317 - 322

Autorinnen- und Autorenverzeichnis 323 - 326

Einleitung

Auch Polen hat eine „Louise Brown"! In Bialystok, einer Stadt im Nordosten Polens, wurde 1987 das erste Reagenzglasmädchen geboren. Ihr Name ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Und trotzdem steht das erste polnische, in der Retorte gezeugte Mädchen wie die bekanntere Louise Brown aus England, das 1978 weltweit erste in der Petrischale gezeugte Kind, für eine Zäsur, die in der biopolitischen Debatte oft als Dammbruch bezeichnet wird. Damit ist nicht die In-vitro-Fertilisation (IVF) als eine neue Technologie gemeint, ein Kind zu zeugen. Sondern die Möglichkeit, dass der Embryo außerhalb des Mutterleibes als Ressource für biomedizinische Diagnostik benützt werden kann. Beabsichtigt wird auch, ihn nicht mehr für die Fortpflanzung, sondern für fremdnützige therapeutische Zwecke zu verwenden.[1]

Diese technische Entwicklung wird begleitet von nationalen und internationalen Diskursen zur Bioethik. Was aber wissen wir darüber in anderen Ländern? Zum Beispiel in unserem Nachbarland Polen, das seit Mai 2004 zur Europäischen Union gehört? Weltbild und Wertesystem in Polen werden derzeit auf der einen Seite von der traditionell starken Stellung der katholischen Kirche, auf der anderen Seite von tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen seit dem Ende des realsozialistischen Systems geprägt. Das Land bewegt sich in diesem Spannungsfeld, so dass das Aufeinanderprallen von gegensätzlichen Meinungen und Polarisierungen vorprogrammiert ist.

Bei der Idee zu dem vorliegenden Buch hat mich von Anfang an die Frage interessiert: Welche Schnittstellen und prinzipiellen Unterschiede in der ethischen Bewertung der Gen- und Reproduktionstechnologien ergeben sich in Polen? Einem slawischen Land, das demselben jüdisch-christlichen Kulturkreis wie die Bundesrepublik Deutschland angehört, in dem jedoch andere soziale Akteure, eine andere historische Tradition und andere Glaubensparadigmen vorzufinden sind. Und auch, ob es so etwas wie eine westliche und nicht-westliche Position gibt. Denn Polen wird wegen seiner geographischen Lage Osteuropa zugeordnet. Vernachlässigt werden

[1] Die Sicht, den Embryo als Ressource für biomedizinische Forschung zu verwenden, galt in den Kinderjahren der „Retortenmädchen" als apokalyptische Vision und Science Fiction-Szenario. Heute, im Jahr 2005, hat die technologische Entwicklung Fakten geschaffen: Die Anwendung neuer Reproduktionstechnologien wie Präimplantationsdiagnostik, die Untersuchung von Eizellen auf Erbkrankheiten, um sie im Falle einer Schädigung bereits vor der Einpflanzung in den Mutterleib aussondern zu können, Leihmutterschaft, Mutterschaften nach der Menopause und das therapeutische Klonen ist in vielen Ländern Realität, die Nutzung des Embryos als Ressource wird ernsthaft diskutiert.

Verwendete Abkürzungen in den Literaturverweisen:

Arendt-Dziurdzikowska, 2002: R. Arendt-Dziurdzikowska, Was ist Gott? Wem ist am Klonen gelegen? Was ist am 11. September 2001 passiert? Tötet das Fernsehen die Seele? Sind Tiere essbar? Über die Probleme der gegenwärtigen Welt sprechen wir mit dem Psychotherapeuten Wojciech Eichelberger in dem neuen Zyklus: Die Welt und ich [Kim jest Bóg? Komu zależy na klonowaniu? Co się stało 11 września 2001 r.? Czy telewizja zabija duszę? Czy zwierzęta są do jedzenia? O problemach współczesnego świata rozmawiamy z psychoterapeutą Wojciechem Eichelbergerem w nowym cyklu Świat i ja], in: Zwierciadło Nr. 5, 2002.

Brunetko, 2003: K. Brunetko, Die Elternrechte, die Rechte des Embryos, die Rechte der Ärzte. Mit Professor Marek Safjan spricht Krzysztof Brunetko [Prawa rodziców, prawa embriona, prawa lekarzy. Z prof. Markiem Safjanem rozmawia Krzysztof Brunetko], in: Tygodnik Powszechny, 2003, Nr. 38.

Ostałowska, 2004: L. Ostałowska, Es hat noch lange sehr wehgetan [Bolało jeszcze bardziej], in: Wysokie Obcasy, 2004, Nr. 4.

Jola, 2003: Frau Jola [Nachname unbekannt], Ein Tagebuch über die Tage unseres Lebens [Pamiętnik z dni naszego życia], in: Hospicjum, 2003, Nr. 4.

Gesine Fuchs

Reproduktion und Reproduktionstechnologien in den Debatten der polnischen Frauenbewegung

1. Einleitung

Der Umbruch in Polen vor 15 Jahren hatte sehr zwiespältige Folgen für Frauen. Auf der einen Seite verschlechterte sich ihre wirtschaftliche und rechtliche Situation, namentlich beim Zugang zum Schwangerschaftsabbruch. Zudem sind sie überdurchschnittlich von Armut, Erwerbslosigkeit und Doppelbelastung betroffen. Auf der anderen Seite haben sich durch die Demokratisierung viele persönliche und politische Gestaltungsspielräume geöffnet, um alte und neue Probleme zu bekämpfen. In Polen gibt es heute eine der stärksten und vielfältigsten Frauenbewegungen der Region. Die Kristallisierung in Initiativen und Organisationen im Laufe der neunziger Jahre gelang, weil bereits vor 1989 informelle Gruppen bestanden und weil polnische Frauen relativ viel vom Feminismus und von der westlichen Frauenbewegung wussten, sei es durch Emigration oder wissenschaftlichen Austausch. Das war ein deutlicher Gegensatz zu anderen, wesentlich autoritäreren und abgeschirmteren Staaten des Warschauer Paktes, von der DDR einmal abgesehen. Es gibt Themen und Anliegen, die prominent vertreten sind und andere, über die nicht oder nicht explizit gesprochen wird. So ist Arbeit und Qualifizierung ein relativ akzeptiertes Anliegen von Frauenorganisationen. Über weibliche Sexualität spricht man wenig und kaum unter einem explizit politisch-emanzipatorischen Blickwinkel. Bei Reproduktion und Reproduktionstechnologien wird ganz unterschiedlich debattiert. Unter Reproduktionstechnologien werden hier alle Mittel und Techniken verstanden, um *kein* Kind (Verhütung, Sterilisation, Abtreibung), um *ein* Kind (z. B. In-vitro-Fertilisation) oder um ein Kind *mit bestimmten Eigenschaften* zu bekommen (z. B. pränatale Diagnostik). Während der Kampf um legale Schwangerschaftsabbrüche zentral für die polnische Frauenbewegung ist, gibt es nur sehr wenige Stimmen namentlich zu Technologien, um *ein* oder *ein bestimmtes* Kind zu bekommen.

Eine feministische Technikkritik z. B. aus einer Autonomieperspektive fehlt in den Veröffentlichungen ebenso wie eine kritische Auseinandersetzung mit den eugenischen Implikationen von Reproduktionstechnologien. Dies fällt besonders aus einem deutschen Blickwinkel auf, da es in Deutschland am ehesten eine

Mobilisierung der Frauenbewegung zu Reproduktionstechnologien gibt und restriktive Regeln gefordert werden.[1] Die komparative Forschung zur Politikformulierung in diesem Feld hat gezeigt, dass Standpunkte, Partizipation und Einfluss feministischer Gruppen weit auseinander gehen und in einigen Ländern diese einen liberalen Umgang mit Fortpflanzungstechnologien eher befürworten, wie in Italien[2]. Für den polnischen Kontext und die Haltung der Frauenbewegung führe ich hier insbesondere die Entwicklungsbedingungen der Bewegung sowie den hegemonialen politischen Diskurs an, der es quasi verunmöglicht, als Bewegung eine Debatte über problematische Seiten neuer Technologien zu führen.[3] Schließlich ist der Mangel bzw. der disparate Zugang zu Leistungen im Gesundheitswesen eine soziale Grunderfahrung in Polen, so dass deren Bekämpfung an erster Stelle steht.

Die Debatte um das Abtreibungsrecht in Polen dauert seit 1989 an. Überspitzt gesagt verdankt die polnische Frauenbewegung ihre im regionalen Vergleich starke Position dem politischen Gegner, der eine Gelegenheit zur Formulierung von Fraueninteressen und -identitäten schuf. In der Auseinandersetzung agierte die Pro Life-Seite, d. h. konservative Politiker und die katholische Kirche mit Gleichgesinnten im Justiz- und Gesundheitswesen, mehrheitlich und besaß von Anfang an die diskursive Hegemonie. Politisch hat die Frauenbewegung darauf mit einer konsequenten *Framing-Strategie* reagiert, d. h. sie hat die Forderung nach legalen Schwangerschaftsabbrüchen in größere Bezugsrahmen gestellt, die ideologisch weniger leicht zurückgewiesen werden können. Das sind namentlich der Kontext „Gesundheit" und der Kontext „internationales Recht".

Im vorliegenden Beitrag werde ich den Verlauf der Abtreibungsdebatte darstellen (Punkt 2), die Strategien der Frauenbewegung unter die Lupe nehmen (Punkt 3) und schließlich im vierten Abschnitt die sozialen und diskursiven Folgen der Debatte und Strategien diskutieren. Dazu gehören das Ringen um einen offenen Diskurs, die Frage der „Teilhabe am Fortschritt" und um Autonomie. Exemplarisch tauchen alle Themen wieder im „Gesetzesprojekt zur bewussten Elternschaft" auf. Außen vor bleiben muss eine Würdigung der Mutterschaft im feministischen

[1] Vgl. C. Rothmayr, Politikformulierung in der Fortpflanzungstechnologie: Partizipation und Einfluss feministischer Gruppierungen im internationalen Vergleich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 32, 2003, Nr. 2, S. 189-200, S. 198 (Rothmayr, 2003).

[2] Vgl. I. Bleiklie / M. Goggin / C. Rothmayr (Hrsg.), Comparative Biomedical Policy: Governing Assisted Reproductive Technologies. London/New York 2004.

[3] Vgl. zum Thema der diskursiven Schließung auch T. Kulawik, ExpertInnen unter sich? Geschlecht, Demokratie und Biotechnologiepolitik in Schweden, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 32, 2003, Nr. 2, S. 163-176 (Kulawik, 2003).

Diskurs.[4] Quellen sind hier vor allem veröffentlichte Texte in der feministischen Presse und in Bulletins sowie Aussagen aus Interviews, die im Rahmen meiner Dissertation zu polnischen Frauenorganisationen entstanden sind.

2. Der Abtreibungsstreit von 1989 bis 2003

2. 1 Die Entwicklung der polnischen Frauenbewegung

Während der ersten Jahre der Transformation blieben eine starke politische Organisierung und ein Protest von Frauen gegen ihre sich verschlechternde Situation auch in Polen zunächst aus.[5] Eine Ausnahme bildeten Gruppen und Initiativen gegen das drohende Abtreibungsverbot, die sich bereits 1989 organisierten. Diese Frauengruppen stellten in der ersten Entwicklungsphase Rechtsforderungen – so nach einer liberalen Indikationsregelung und gleichzeitig nach sozialen Voraussetzungen und Grundlagen wie Aufklärung und Verhütung. Sie betonten die moralische und individuelle Autonomie von Frauen. Die Frauengruppen konnten sich politisch nicht durchsetzen, aber sie wurden bekannt. Neben dieser Frage organisierten sich Frauen auch rund um das Thema (Erwerbs)-Arbeit und die schwierige soziale Lage. In einer zweiten Entwicklungsphase fanden sich ab 1994 Aktivistinnen aus 12 wichtigen Frauenorganisationen in einem gemeinsamen Komitee zusammen, um einen eigenen Schatten-Bericht für die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking zu erarbeiten und die Regierung zu einem ernstzunehmenden Bericht zu bewegen. Sie handelten gemeinsam prospektiv und nutzten eine politische Gelegenheit. Die Organisationen begannen, ihre politischen Forderungen mit internationalem und nationalem Recht zu legitimieren. Das Komitee verknüpfte den Slogan der internationalen Frauenbewegung „Frauenrechte sind Menschenrechte" mit der polnischen Überzeugung der Zugehörigkeit zu Europa. Seit der Weltfrauenkonferenz werden nahezu alle Forderungen der Frauenorganisationen mit Hinweisen auf das Recht legitimiert. In der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking arbeitete die Regierung auch mit einem NGO-Konsultations-

[4] Es wäre wünschenswert, diese Diskussion einem deutschsprachigen Publikum zugänglich zu machen, da hierzulande häufig „Mütter" und „Nicht-Mütter" gegeneinander ausgespielt werden, auch in der Frauenbewegung.

[5] Zur Diskussion um ausbleibenden Feminismus und dem „Feminismusstreit" vgl. G. Fuchs, Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess. Politik der Geschlechterverhältnisse 21. Campus, Frankfurt/M. 2003, S. 34 (Fuchs, 2003).

gremium zusammen. Recht wurde das zentrale Transportmittel, um Probleme wie Gewalt gegen Frauen, Zwangsprostitution und Frauenhandel und in Ansätzen reproduktive Rechte zu skandalisieren. Nach dem konservativen Regierungswechsel 1997 wurde die Kooperation zwischen Organisationen und Administration abgebrochen und Frauenpolitik als Faustpfand national-katholischen PolitikerInnen überlassen. Die rechtliche Situation für Frauen verschlechterte sich, etwa durch die Einführung der (eigentlich kirchenrechtlichen) Separation[6] ins polnische Recht oder durch die Pensionsreform. Die Politiker der Rechten ignorierten Rechtsentwicklungen in Polen und der Europäischen Union. Doch erstarkte in dieser dritten Entwicklungsphase das Milieu der Frauenorganisationen erheblich. Die Organisationen vernetzten sich, auch dank der stetigen Arbeit von Ośka, dem nationalen Fraueninformationszentrum und ihren jährlichen landesweiten Strategiekonferenzen. Das Milieu wurde nach und nach politisch handlungsfähig. Zu den Wahlen 2001 legte eine überparteiliche Frauenwahlkoalition mit ihren „10 Fragen" an die Kandidierenden eine entwickelte geschlechterpolitische Agenda vor. Grundsätzlich haben die Forderungen immer drei Aspekte:

Erstens werden Rechtsforderungen aufgestellt – z. B. eine liberale Indikationsregelung.
Zweitens werden auch die dazu notwendigen „sozialen Grundlagen" eingefordert, z. B. Aufklärung und Verhütung.
Drittens wird immer wieder die moralische und individuelle Autonomie von Frauen betont.

Aus dem Milieu heraus wurden Gesetzesinitiativen über die Parlamentarische Frauengruppe ins Parlament getragen, z. B. verschiedene Projekte für ein Gleichstellungsgesetz. Nach dem erneuten Wahlsieg der Postkommunisten konnten in einer vierten Entwicklungsphase Kooperationsbeziehungen zu staatlichen Institutionen erneut geknüpft werden. Feministische Standpunkte sind in den letzten Jahren vermehrt in die öffentliche Meinung „diffundiert", und um die Organisationen kristallisiert sich ein Dunstkreis von SympathisantInnen, die vermehrt auch die kulturellen Dimensionen des Feminismus betonen. Darum scheint es gerechtfertigt, heute von einer sozialen Bewegung zu sprechen. Es gibt fast 100 selbstständige Frauenorganisationen. Mit Lokalgruppen, Filialen und Forschungszentren gibt es im ganzen Land etwa 300 Adressen. Die meisten Organisationen arbeiten zu

[6] Die Separation trennt „von Tisch und Bett". Die Ehe bleibt jedoch rechtlich bestehen und eine (zivile) Wiederverheiratung ist nicht möglich. Steigender sozialer Druck auf Frauen, statt der Scheidung die Separation zu verlangen, ist wahrscheinlich. Auch in Polen verlangen Frauen häufiger als Männer die Scheidung. Schon 1990 wurden die administrativen Hürden dafür erhöht.

den Themen Arbeit und Qualifizierung, soziale Hilfen, Gesundheit und Gewalt. Die Organisationen sind vernetzt, pluralistisch und stabil. Und doch bleiben die Abtreibungsdebatte bzw. die Versuche von Enttabuisierung und Retabuisierung ein stets präsentes Grundthema.

2. 2 Die Relevanz der Abtreibungsdebatte

Susan Gal und Gail Kligman[7] arbeiteten vier Aspekte heraus, warum der Streit um reproduktive Themen, namentlich die Abtreibung, gerade in Zeiten grundlegenden politischen Wandels in Ostmitteleuropa soviel Aufsehen erregt hat.

Zum *Ersten* waren die osteuropäischen Debatten über Reproduktion besonders virulent im deutschen Einigungsprozess, in Ungarn und Polen sowie den jugoslawischen Nachfolgestaaten. Dadurch haben sich Frauen als politische Gruppe mit besonderen Interessen und als politische Akteurinnen konstituiert.

Zweitens wurden in der öffentlichen Diskussion grundlegende Aussagen über die neue Gestaltung der Beziehung zwischen Staat und Bevölkerung gemacht:[8] Sind die EinwohnerInnen autonome BürgerInnen oder Familienmitglieder eines Staates? Worüber dürfen sie alleine, worüber sollen der Staat und seine Institutionen wachen und entscheiden? In der polnischen Diskussion wurde ungewollt schwangeren Frauen häufig die moralische Autonomie und die Mündigkeit abgesprochen.[9]

Drittens sind reproduktive Themen das zentrale und vornehmste Mittel, die Nation und ihre Grenzen (neu) zu bestimmen, was sich besonders in Staaten mit territorialen Neuformierungen ausgewirkt hat[10]. Im ethnonationalistischen Denken sind biologische Reproduktion und zeitliche biologische Kontinuität zentrale Punkte, um Gemeinschaft neu zu erfinden. Die Kontrolle über die biologische Reproduktion und damit über die Frauen der Nation scheint notwendig. Deren Mutterschaft wird aufgewertet, sie selbst werden in vielen Varianten zu spirituellen Repräsentantinnen der Nation. In Polen, einem Land ohne territoriale Verände-

[7] S. Gal, G. Kligman, The Politics of Gender after Socialism. A Comparative-Historical Essay. Princeton University Press, Princeton 2000, S. 15 - 36 (Gal/Kligman, 2000).

[8] Gal/Kligman, 2000, S. 22 - 24.

[9] Vgl. A. Matuchniak-Krasuska, Worum ging es bei der Abtreibungsdiskussion? [Czym była dyskusja o aborcji?], in: A. Titkow; H. Domanski (Hrsg.), Was es heißt, in Polen Frau zu sein [Co to znaczy być kobieta w Polsce], Warszawa 1995, S. 189 - 212, S. 194.

[10] Gal/Kligman, 2000, S. 24 - 28.

rungen, erfolgte die Definition der Nation durch die Selbstimaginierung als besonders wichtiges Land mit einer Mission, wobei Motive des Messianismus aus dem 19. Jahrhundert unverkennbar sind. Später wurden auch demographische Gründe vorgebracht[11], manchmal in rassistische Argumente gekleidet.[12]

Schließlich können *viertens* Debatten über Reproduktion als kodierte Diskussionen über Ansprüche auf politische Legitimität verstanden werden.[13] Den propagierten neuen Regeln werden als ethisch anständig die „Unmoralität des Kommunismus" kontrastiert. So wurde versucht, mit entgegengesetzten Regelungen – Abtreibungsverbot in Polen bei vorherigem liberalen Recht und Abtreibungsliberalisierung in Rumänien bei vorherigem totalitärem Recht – das Gleiche zu erreichen, nämlich symbolische Distanz zum vorangegangenen Regime.

Für die polnische Frauenbewegung bedeutet dies, dass die Auseinandersetzung zwischen ihr und konservativen, gleichstellungsfeindlichen Kräften stets durch das Prisma der Abtreibungsdebatte gebrochen wird und alle Themen, die mit Körperlichkeit, menschlicher Natur und Autonomie in Verbindung stehen, früher oder später zu einer neuen Gegenüberstellung von Pro Choice und Pro Life führen.

2. 3 Der Verlauf der Auseinandersetzung seit 1989

Der Streit um das Abtreibungsverbot[14] war einer der ersten offenen politischen Konflikte im Jahr 1989. Symbolisch sollte mit dem Verbot schnell Distanz zum Realsozialismus geschaffen werden. Dass dies nicht gelang, ist der schnellen sozialen Mobilisierung von Frauen zu verdanken, die bestimmte Rechte und Selbstverständlichkeiten des alten Regimes nicht einfach aufgeben wollten. Charakteristisch für die erste Phase der Auseinandersetzung bis zum Verbot Anfang 1993 ist die starke Polarisierung in Pro und Contra; ein parlamentarischer

[11] Vgl. J. Heinen; A. Matuchniak-Krasuska, Abortion in Poland: A Vicious Circle or a Good Use of Rhetoric. A Sociological Study of the Political Discourse of Abortion in Poland, in: Women's Studies International Forum 18, 1995, No. 1, S. 27 - 33 (Matuchniak-Krasuska/Heinen, 1995).

[12] Der damalige Familienbeauftragte Kazimierz Kapera meinte 2000, Europa müsse sein Bevölkerungswachstum steigern, damit die „weiße Rasse" auch weiterhin etwas zu sagen habe. Dies führte schließlich zu seinem Rücktritt.

[13] Gal/Kligman, 2000, S. 28 - 32.

[14] Überblicke über die Diskussion statt vieler: A. Titkow, Poland, in: H. P. David (Hrsg.), From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behavior in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, Greenwood Press, Westport, London 1999, S. 165 - 190 (Titkow, 1999).

Kompromissvorschlag wurde erst im Juli 1991, nach zwei Jahren, von der Unia Demokratyczna (Demokratische Union) eingebracht[15]. Obwohl es in Polen bis zur Verabschiedung des restriktiven Gesetzes immer eine Mehrheit in Umfragen für ein liberales Indikationsmodell gab[16], waren sowohl vor als auch nach den ersten vollkommen freien Wahlen die Befürworter eines Abtreibungsverbots in Sejm und Senat in der Mehrheit. Die Pro Choice-Seite musste darum versuchen, von außen durch Expertisen, Proteste und die öffentliche Debatte Einfluss zu gewinnen. Da die Debatte von starken Gegensätzen geprägt war und in scharfem Tonfall stattfand, bescherten Demonstrationen, Happenings und Mahnwachen den ersten Frauenorganisationen relativ große mediale Aufmerksamkeit.[17] Die im April 1991 aufgrund der Debatten und auf Initiative von weiblichen Abgeordneten der Unia Demokratyczna gegründete Parlamentarische Frauengruppe PGK[18] lobbyierte immer für mehr oder weniger liberale Indikationslösungen, brachte im März 1992 selbst einen Entwurf ein und hielt Kontakt mit den Pro Choice-Frauengruppen. Ein Pro Choice-Engagement konnte gravierende Folgen haben. In der Solidarność gab es seit 1989 auf Betreiben des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Frauensektion. Als sich diese auf einem Kongress 1990 gegen ein Verbot aussprach – anders als die Pro Life-besetzte Männerspitze der Gewerkschaft – wurden der Sektion Infrastruktur und Budget entzogen, so dass die Leiterin nach einigen Monaten die Arbeit aufgab.[19]

Eine „Gesellschaftliche Konsultation" des Parlaments 1991 zur Frage des Verbots konnte die katholische Seite aufgrund ihrer Gemeindestrukturen klar für sich entscheiden – fast 90 % aller Zuschriften waren in Kirchengemeinden gesammelt worden und sprachen sich für das restriktive Gesetzesprojekt aus. Ende 1992 bildete sich im Land eine breite gesellschaftliche Bewegung für das Abhalten

[15] Vgl. M. Fuszara, Abortion and the Formation of the Public Sphere in Poland, in: M. Mueller; N. Funk (Hrsg.), Gender Politics and Postcommunism, New York 1993, S. 241 - 252, S. 241 u. 244 f.

[16] Vgl. CBOS (BS 97/97/97): Einstellung zur Abtreibung nach dem Entscheid des Verfassungsgerichts [Stosunek do aborcji po orzeczeniu Trybunalu Konstytucjalnego]. Warszawa.

[17] Vgl. B. Szklarski, Semi-public democracy. Articulation of interests and systemic transformation. Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk, Warsaw 1997 (Szklarski, 1997).

[18] Vgl. R. Siemieńska, Frauen als politisch Handelnde im postkommunistischen Polen, in: W. Koschmal (Hrsg.), Die Frau in der polnischen Gegenwartskultur, Böhlau Köln, 1996, S. 91 - 124, S. 110 und E. Hauser, B. Heyns, J. Mansbridge, Feminism in the Interstices of Politics and Culture: Poland in Transition, in: N. Funk; M. Mueller (Hrsg.), Gender Politics and Postcommunism, New York 1993, S. 257 - 273, S. 259.

[19] Vgl. M. Tarasiewicz, Poland – Choices to be made, in: Feminist Review, 1991, No. 39, S. 182 - 186.

eines Referendums – die damals gültige sog. „Kleine Verfassung" sah ein Referendum in Fragen von besonderer Bedeutung für den Staat vor. In kurzer Zeit sammelten die Komitees 1,3 Millionen Unterschriften und brachten damit die Frage der weltanschaulichen Neutralität des Staats und demokratischer Strukturen auf die Tagesordnung.[20] Ein Referendum wurde im Januar 1993 im Parlament abgelehnt, doch waren die Komitees ein Integrationserfolg für feministische Frauenorganisationen. Gleichzeitig stimmte der Sejm für ein restriktives Abtreibungsgesetz, das nur enge medizinische, eugenische und kriminologische Indikationen zuließ.[21]

Als 1993 die Postkommunisten an die Macht kamen, brachte im Dezember die Parlamentarische Frauengruppe ein neues Gesetzesprojekt für eine soziale Indikation in den Sejm ein, das im Juni 1994 verabschiedet wurde. Präsident Wałęsa legte jedoch sein Veto ein, das nicht mit der damals notwendigen Zweidrittelmehrheit überstimmt werden konnte. Nachdem jedoch der Postkommunist Aleksander Kwaśniewski 1995 Präsident geworden war, kam es im August 1996 zu einer erneuten Initiative zur Liberalisierung, diesmal der Unia Pracy. Im entsprechenden Entwurf war auch vorgesehen, Verhütungsmittel wie Medikamente auf Rezept abzugeben. Die Debatten und die Verabschiedung des Gesetzes waren von mehreren Großdemonstrationen mit 10.000 bis 25.000 Teilnehmenden und massiven Interventionen von Kardinal Glemp sowie des Papstes begleitet.

Im Juli 1997 erklärte das Verfassungsgericht die soziale Indikation für verfassungswidrig, da menschliches Leben in allen Phasen unter konstitutionellem Schutz stehe. Im September siegten die Konservativen der Wahlaktion Solidarität AWS, so dass im Dezember das Parlament das Abtreibungsrecht wieder verschärfte, indem es die soziale Indikation strich. Bereits im März 1998 wurde die Subvention von Verhütungsmitteln aufgehoben und das Fach Sexualkunde an den Schulen gestrichen.

Im Jahr 2001 siegten wiederum die Postkommunisten bei den Wahlen. Eine überparteiliche „Frauen-Wahlkoalition" (Przedwyborcza Koalicja Kobiet) hatte sich für mehr Frauen in Parlament und Regierung eingesetzt und dazu u. a. für eine Quotenregelung bei den Linksparteien lobbyiert. Der Frauenanteil im Parlament stieg auf 20 %. Die Hoffnungen auf mehr Ministerinnen wurden allerdings ebenso enttäuscht wie die nach einem Umschwung in der Abtreibungsfrage. Immerhin

[20] Vgl. H. Fehr, Von der „Solidarität" zum Kampf um die Macht: Elitenbildung und Intelligenz in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte No. B 8/98, 1998, S. 10 - 20, S. 14 f.

[21] Szklarski, 1997, S. 141, siehe auch M. T. Staszewski, J. B. Falski, Normative und gesellschaftliche Aspekte des Referendums in Polen [Normatywne i spoleczne aspekty referendum w Polsce], in: M. T. Staszewski, D. Waniek (Hrsg.), Das Referendum in Polen und Osteuropa [Referendum w Polsce i w Europie Wschodniej], Warszawa 1996, S. 11 - 76.

wurde Anfang 2002 die Vorsitzende der postkommunistischen Liga Kobiet Polskich, Izabela Jaruga-Nowacka, zur Staatssekretärin für Gleichstellung ernannt und das Amt für gleichen Status von Frauen und Männern geschaffen.[22] Jaruga-Nowacka schuf flugs wieder ein Konsultationsgremium zwischen Staat und Frauenorganisationen. Ebenfalls Anfang 2002 forderte sie öffentlich die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Bischof Tadeusz Pieronek bezeichnete sie daraufhin als „feministischen Beton, dem nicht einmal Salzsäure etwas anhaben könne." Konsequenterweise druckten Feministinnen daraufhin T-Shirts mit dem Slogan „Mehr Feminismus – weniger Salzsäure". Aus dieser Erfahrung bemüht sich die Bewegung seitdem, mit öffentlichen Erklärungen vermehrt eine breite öffentliche und sichtbare Unterstützung für ihre Anliegen zu organisieren.[23]

Im Sommer 2003 gelang es der Bewegung, die Abtreibungsfrage auf die nationale Agenda zu setzen. Auf Einladung der Familienplanungsföderation kam vom 21. Juni bis 5. Juli das Schiff „Langenort" der holländischen NGO „Women on Waves" nach Polen.[24] Women on Waves besucht Länder, in denen Abtreibung illegal ist und veranstaltet in Kooperation mit nationalen Frauenorganisationen Diskussionen, Workshops und Tage der Offenen Tür. An Bord des Schiffes befindet sich eine gynäkologische Praxis, in der Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden können. Dazu begibt sich das Schiff in internationale Gewässer, so auch drei Mal während des Besuches in Polen. Begleitet war dieser ungeheure Tabubruch auch von teilweise gewalttätigen Gegendemonstrationen und Mahnwachen der rechten Organisation Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska) und der Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin). Schon bei der ersten Pressekonferenz von Women on Waves und dem polnischen Komitee „Steuerrad" (Komitet Ster) wurden die Aktivistinnen mit Eiern und Farbe beworfen, der Zugang zum Schiff im Hafen von Władysławowo teilweise versperrt. In verschiedenen Städten gab es aber Unterstützungsdemonstrationen mit mehreren hundert Personen. Das Medienecho war enorm; das Fernsehen berichtete teilweise live und auch in den Zeitungen machte das Schiff Schlagzeilen. Dabei verlagerte sich der Fokus von den Gegendemonstranten im Lauf der Zeit auf das Problem der unsicheren illegalen Abtreibungen in Polen und der daraus folgenden unhaltbaren sozialen und gesundheitlichen Situation der Frauen.

[22] Vgl. www.rownystatus.gov.pl.

[23] Vgl. auch den Abschnitt zur Autonomie.

[24] Berichte über die Aktion: Berichte über den Verlauf des Besuches von Women on Waves in Polen vom 21.06.-05.07.2003 [Relacje z przebiegu wizyty Women on Waves w Polsce 21.06.-05.07.2003]. Warszawa. Verfügbar unter: www.oska.org.pl/wydarzenia/wow.html am 28. April 2004 und Women on Waves, Report Poland 2003. Den Haag: Verfügbar unter www.womenonwaves.org/poland2003/report.html am 28. April 2004.

Dieser Verlauf des Streits um legale Schwangerschaftsabbrüche verdeutlicht, dass diese Auseinandersetzung ein zunehmend tabuisiertes Thema betrifft, in der mit harten Bandagen bekämpft wird. Das Thema ist hochideologisiert und die Pro Life-Seite versucht, eine Diskussion zu verhindern, indem sie alle Gegner als Vaterlandsverräter oder Mörderinnen denunziert. Die Pro Choice-Seite argumentiert mit internationalem Recht wie dem Recht auf reproduktive Gesundheit, Zugang zu Dienstleistungen und Informationen. Sie pocht auf die Umsetzung des geltenden Rechts und stellt diese Forderungen auch in den Rahmen von Modernität, Fortschritt und sozialem Wohlergehen[25].

3. Pro Choice-Strategien der polnischen Frauenbewegung

Die Polarisierung in der Abtreibungsfrage macht es für die Frauenbewegung notwendig, die eigenen Anliegen in einem akzeptierten Bezugsrahmen zu präsentieren. Dieser Rahmen ist, auch bei anderen politischen Forderungen, vor allem europäisches und internationales Recht.

Seit den neunziger Jahren, der Zeit der großen UNO-Konferenzen (Menschenrechte 1993 in Wien, Bevölkerung in Kairo 1994 und Frauen in Peking 1995), ist dies eine zentrale Strategie der internationalen Frauenbewegung. Mit dem Slogan „Menschenrechte sind Frauenrechte" war ein Brückenschlag zwischen Bewegungen in verschiedenen Ländern und Kontinenten gelungen und gemeinsames Handeln ermöglicht worden. Kultureller Relativismus war erfolgreich zurückgewiesen worden.[26] Mit Vernetzung, strategischer Konferenzvorbereitung sowie Ausnutzung aller politischen Gelegenheiten war es den Frauenorganisationen gelungen, diese Universalität in den Schlussdokumenten zu verankern.[27] In diesem Zusammenhang arbeiten auch polnische Frauenorganisationen.

[25] Es wäre überaus lohnend, die polnischen Debatten und den Einfluss der Frauenbewegung als Politikformulierungsprozess zu untersuchen, wie dies kürzlich mit diesem Thema in entwickelten Industriegesellschaften gemacht worden ist, vgl. D. McBride Stetson (Hrsg.), Abortion politics, women's movements and the democratic state. A comparative study of state feminism. Oxford University Press 2001.

[26] Vgl. dazu R. Klingebiel, S. Randeria (Hrsg.), Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen, Bonn: Dietz 1998, zur Grundlegung C. Bunch, Women's Rights as Human Rights: Toward a Re-Vision of Human Rights, in: Human Rights Quarterly, Vol. 12, 1990, S. 486 – 498 und Cook, 1993.

[27] J. Joachim, Structures and Processes of Political Negotiation/Governance: The UN, Women's NGOs and the Case of Reproductive rights, in: B. Holland-Cunz, U. Ruppert (Hrsg.), Frauen-

Der Bezug auf überstaatliche Rechtsdokumente wurde in Polen nicht von Frauenorganisationen erfunden, sondern ist eine Argumentationsfigur, die auch von vielen osteuropäischen Oppositionsbewegungen seit den siebziger Jahren gebraucht wurde:

> „Das ist wohl eine natürliche Strategie und so war es seit den Solidarność-Zeiten. Wenn im Land etwas geschah und man wurde mit bestimmten Dingen im Innern nicht fertig, so suchte man Einflussmöglichkeiten auf die innenpolitische Situation durch existierende internationale Institutionen. Es ist auch eine Suche nach anderen Formen von Einflussmöglichkeiten. Wir sind überzeugt, dass es der Regierung in Polen im Moment auf die internationale Meinung ankommt und sie internationale Verpflichtungen auch annimmt."[28]

Dieser Bezug ist die typische Strategie sozialer Bewegungen, das sog. *Framing* ihrer Anliegen zu betreiben, um erfolgreich AnhängerInnen zu mobilisieren und ihre Ziele gesellschaftlich zu legitimieren. „Framing", also Rahmung, bedeutet, dass bekannten Ereignissen und Bedingungen eine neue Bedeutung zugewiesen wird. Die maßgeblichen politischen Kräfte in Polen bejahen die Geltung internationaler Rechtsnormen und die Zugehörigkeit zur europäischen Wertewelt, während eine starke fundamentalistisch-katholische Strömung in der polnischen Politik Universalitätsargumente zurückweist und sich auf eigene Interpretationen des Naturrechts beruft, das wenig überraschend Frauen einen minderen Status gibt. Mit dem „Framing" können soziale Tatsachen, die als bedauerlich, aber tolerierbar bewertet wurden, skandalisiert werden. Man kann verschiedene Arten des „Framing" betreiben: verschiedene bestehende, ideologisch kongruente Bezugsrahmen können miteinander verbunden werden (frame bridging); das eigene Thema kann in einen größeren Rahmen gestellt werden (frame amplification und frame extension) oder aber man ändert den Rahmen an sich, sozusagen das „Universum des Diskurses" (frame transformation[29]). Drei Bedingungen müssen für erfolgreiches „Framing" erfüllt sein:

1. Die behaupteten Fakten müssen nachprüfbar und tatsächlich vorhanden sein („empirical credibility").

politische Chancen globaler Politik. Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext, Opladen, Leske + Budrich 2000, S. 123 - 132.

[28] Interview mit der Direktorin der Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, am 26. Juli 1999 in der Kantine des Wojewodschaftsparlaments in Warschau, 1999, S. 5.

[29] Vgl. Snow/Benford 1986, 1988.

2. Es muss eine erfahrungsmäßige Vergleichbarkeit geben, d. h. der Rahmen muss Antworten und Lösungen zu Situationen bieten, die mit der bisherigen Wahrnehmungsweise dieser Situation harmonieren („experiential commensurability").
3. Das Framing muss in den Geschichten und Mythen des kulturellen Erbes Resonanz finden, die Ereignisse und Erfahrungen in der Gegenwart formen („narrative fidelity", narrative Wiedergabetreue).

Die Anwendung dieser politischen Strategie lässt sich fast in Reinform an der Familienplanungsföderation zeigen. Die Föderation setzt sich als einzige Organisation stetig und offen für legale Schwangerschaftsabbrüche ein und zwar in ihrem „Aktionsprogramm zur Förderung von reproduktiven Rechten und Gesundheit". Das ist ein deutlich größerer und radikalerer Rahmen als lediglich das Postulat eines straffreien Schwangerschaftsabbruchs. Sie benennt viele Facetten eines sozialen Problems und zeigt auf, was im Bereich ziviler Rechte verbessert werden muss. Die Föderation definiert mit Bezug v. a. auf die Konvention zur Abschaffung aller Formen der Diskriminierung der Frau (CEDAW) sowie auf die Abschlussdokumente der Weltbevölkerungskonferenz 1994 und der Weltfrauenkonferenz 1995:

> „Reproduktive Gesundheit bedeutet folglich, dass die Menschen ein befriedigendes und sicheres Sexualleben führen können und dass sie die Fähigkeit zur Reproduktion haben ebenso wie die freie Entscheidung darüber, ob, wann und wie viele Kinder sie haben wollen."[30]

Was für die Föderation alles zu dieser Agenda gehört, lässt sich an ihrem Projekt eines Gesetzes über bewusste Elternschaft ablesen. Themen hier sind eine Fristenregelung von 12 Wochen sowie verlängerte Fristen für medizinische, kriminologische und eugenische Indikationen; Sexualkunde als Schulfach; Zugang und Versorgung mit Verhütungsmitteln; Rechte der Schwangeren auf medizinische Betreuung sowie soziale und finanzielle Leistungen inklusive das Recht auf pränatale Untersuchungen und schließlich der Zugang zu Methoden der unterstützten Fortpflanzung.[31]

[30] Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny 1997: Die reproduktive Gesundheit von Frauen in Polen [Zdrowie reprodukcyjne kobiet w Polsce], Warszawa 1997, S. 8 (Federacja, 1997).

[31] Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny 2004: Gesetzesprojekt über bewusste Elternschaft [Projekt ustawy o świadomym rodzicielstwie], verfügbar unter www.federa.org.pl/ustawa.htm am 28. April 2004 (Federacja, 2004).

Die Föderation arbeitet konkret auf drei Ebenen: Beratung und praktische Information, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie international vernetzte Lobby- und Monitoringarbeit. Ihre Beratungs- und Informationstätigkeit umfasst ein tägliches Vertrauenstelefon, landesweit verbreitete Broschüren zu Aufklärung und Verhütung sowie ein Informationsbulletin an interessierte Personen, Gesundheitsämter und Ärztinnen. Hier geht es um ganz praktische Interessen und um persönliches Empowerment, indem das Bewusstsein für eigene Rechte als Patientin und für den eigenen Körper gestärkt wird.

Immer wieder fordert die Föderation zweitens die Liberalisierung des Abtreibungsrechts, die Finanzierung von Verhütungsmitteln durch das Gesundheitswesen, Zugang zu pränataler Diagnostik, Sexualkunde in den Schulen u. a. m. Diese Forderungen sind empirisch glaubwürdig, denn die Organisation veröffentlicht eigene und unabhängige Untersuchungen zu diesen Themen: z. B. 1997 einen Bericht zur reproduktiven Gesundheit von Frauen in Polen; 1994, 1996 und 2000 regelmäßige Berichte zu den Auswirkungen des Abtreibungsverbots. 2001 veranstaltete sie dazu ein Tribunal. Die Grundargumentation verläuft folgendermaßen:

- Polen handhabt das Verbot neben Irland in ganz Europa am restriktivsten. Internationale Abkommen zum Recht auf freie Bestimmung über Zahl und Alter der Kinder (z. B. CEDAW Art. 16, Pkt. e) würden damit gebrochen.
- Es entsteht ein sozial selektiver Abtreibungsuntergrund, bei dem arme Frauen gezwungen sind, ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen.
- Angst vor Schwangerschaft und illegale Abbrüche haben negative Auswirkungen auf die seelische Gesundheit von Frauen, aber auch ihrer Partner.
- Der Staat gewährt Frauen keine Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit, wenn eine auch heute legale Abtreibung nicht im öffentlichen Gesundheitswesen vorgenommen wird. Während des Tribunals 2001 wurde dies mit zahlreichen Berichten von Betroffenen untermauert, z. B. herz- und zuckerkranke Frauen. Sozialleistungen für bedürftige Schwangere würden je nach Haushaltslage zusammengekürzt.[32] Die Federacja kontrolliert also staatliche Tätigkeit.

Schließlich ist Lobbying und Monitoring das dritte Tätigkeitsfeld. Die Öffentlichkeit erfährt immer wieder, welche internationalen Verpflichtungen Polen eingegangen ist. Es werden Einflusskanäle und Kooperationen mit Politikerinnen, dem Ombudsmann und anderen nationalen und internationalen NGOs aufgebaut. Die

[32] Vgl. Z. Wilkiewicz (Bearbeiter), Abtreibungspraxis in Polen vor der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, in: Osteuropa-Archiv No. 4, 1997, S. 161 - 168.

Föderation ist auch Mitbegründerin von ASTRA, dem Central and Eastern European Women's Network for Sexual and Reproductive Health and Rights.[33] Mit regelmäßigen Berichten wie an den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO und Teilnahme an Konferenzen prangert sie die Situation in Polen an und skandalisiert sie. Mit dem Umweg über internationale Organisationen ist es möglich, die eigenen Standpunkte im öffentlichen Bewusstsein Schritt für Schritt zu legitimieren, weil Polen an internationaler Reputation liegt.

Die Forderungen sind auch erfahrungsmäßig vergleichbar, denn die Föderation stellt Tatsachen und Forderungen in einen „Ungerechtigkeitsframe", der sich leicht mit anderen Transformationserfahrungen der Bevölkerung verbinden und so mobilisieren lässt. Sie weitet noch dazu ihren Bezugsrahmen aus: In ihrem „diagnostischen Framing" ist also das Abtreibungsverbot Teil eines größeren Problems des Rechts auf Gesundheit und Selbstbestimmung.

Schließlich gibt es in Polen eine kulturelle Resonanz auf diese Rechtsargumentationen. In Polen ist gerade beim Bezug auf Europa die Rückweisung eines kulturellen Relativismus leicht. Gerade das postkoloniale Misstrauen gegen den Universalitätsanspruch der Menschenrechte als westlicher Rechtsimport fehlt in Polen. Das kann die Anliegen in der polnischen Öffentlichkeit legitimieren. Staatliche Akteure und politische Eliten können sich argumentativ dem Hinweis auf universelle Menschenrechte, auf Geltung und Anwendung auch nationalen Rechts kaum entziehen, doch bleibt Ignorieren ein wirksames Mittel der Abwehr.

Beim „prognostischen Framing", dem Aufruf zur Aktion, schlägt die Föderation vor allem die Umsetzung geltenden nationalen und internationalen Rechts vor. Das kann auf unterschiedlichen Ebenen geschehen – auf staatlicher Ebene, aber auch einzelne Personen und Organisationen können dazu aktiv werden. Bei dieser Argumentation steht vor allem die Regierung „am Pranger", da nach neuerer Rechtsprechung der Staat für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards verantwortlich ist. Die Regierung muss sich nicht nur bei ihrer eigenen Tätigkeit an diese Richtschnur halten, sondern sie ist auch verantwortlich für die gleiche Anwendung bestehenden Rechts auf alle Menschen. Schließlich muss ein Staat geeignete Maßnahmen treffen, um Menschenrechtsverletzungen von Dritten zu verhindern und die Einhaltung der Rechte zu sichern[34].

Es gibt jedoch einen Punkt, an dem der Bezugsrahmen transformiert werden muss, um neue Werte und Identitäten zu formulieren: dass universelle Menschen- und Frauenrechte gerade auch in der Privatsphäre zu achten sind; und dass Selbstbestimmung, moralische Autonomie, Sexualität, Liebe und Spaß am eigenen Körper Werte an sich sind und nicht aufopfernde Mutterschaft. Ohne eine solche

[33] www.astra.org.pl.

[34] Cook, 1993, S. 234 f. und 250 f. mit entsprechenden Urteilen.

Transformation wären Fragen der Sexualität, des Körpers und der Gewalt nicht politisierbar.

Alle diese Pro Choice-Argumente sind stringent formuliert, doch kann man die Hypothese aufstellen, die Frauenbewegung sei nun ihrerseits eine „belagerte Festung"[35], die vor allen Diskussionen zurückschreckt, die diese schlüssigen Argumente in Frage stellen könnte. Das ist nicht ganz überraschend. Als in Italien katholische und konservative Politiker versuchten, Gegenentwürfe zur liberalisierten Abtreibung einzubringen und die Anwendung von Fortpflanzungstechnologien einzuschränken [was zwischenzeitlich im Frühjahr 2004 gelang], bildeten feministische Gruppen und Pro Choice-Organisationen Plattformen gegen solche restriktiven Politiken[36]. Die dennoch geführten Debatten dazu werden im folgenden Kapitel vorgestellt.

4. Soziale und diskursive Folgen von Diskussionen und Strategien

4. 1 Soziale Folgen

Die Hürden in Polen für legale Abtreibungen sind hoch. Wenn die Schwangerschaft Resultat einer Straftat ist, müssen deren Umstände von der Staatsanwaltschaft bestätigt sein. Nur bei der kriminologischen Indikation darf der Abbruch auch in einer Privatklinik durchgeführt werden, sonst muss sich die Frau in ein öffentliches Krankenhaus begeben. Ärzte müssen keine Abbrüche durchführen, sondern können sich auf ihr Gewissen berufen.[37] Eine Umfrage unter GynäkologInnen und Krankenschwestern ergab allerdings, dass viele die geltenden Indikationen und das Prozedere nicht oder nur ungenügend kennen.[38] Strafrechtlich verfolgt werden nur wenige Verstöße gegen das Verbot. 1998 waren es 42, im Jahr

[35] Zu Zeiten fremder Besatzung und des Realsozialismus ist die polnische katholische Kirche oft als „belagerte Festung" beschrieben worden, die sich vor allem gegen außen verteidigen muss und darum wichtige interne Diskussionen – wie über das 2. Vatikanische Konzil – nicht führt.

[36] Vgl. Rothmayr, 2003, S. 196 u. Ramijoué/Klöti 2004. Eine Gleichsetzung von reproduktiver Autonomie der Frau und liberaler Forschungspraxis kann auch instrumentell verwendet werden, um letztere zu rechtfertigen, wie z. B. in Schweden durch die Genethikkommission (Kulawik, 2003, S. 171).

[37] Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny: The Anti-Abortion Law in Poland. The Functioning, Social Effects, Attitudes and Behaviors. Warszawa 2000, S. 8 f. (Federacja, 2000).

[38] Federacja, 2000, S. 27 - 29.

1999 waren es 62 Ermittlungsfälle, wovon 3 bzw. 6 schließlich vor Gericht kamen.[39] Die Statistiken registrierter Abbrüche verweisen auf die Praxis in öffentlichen Krankenhäusern, können aber die Realität in Polen kaum erhellen. 1999 wurden beispielsweise noch 151 Abbrüche registriert, davon 94 mit medizinischer Indikation. 1997 waren es noch 409 Abbrüche aus medizinischen Gründen gewesen. Da sich der Gesundheitszustand der polnischen Bevölkerung im gleichen Zeitraum nicht wesentlich verbessert hat, lässt sich aus diesen Zahlen schließen, dass viele kranke Frauen, die nach geltendem Recht die Schwangerschaft abbrechen dürften, dieses Recht in öffentlichen Krankenhäusern nicht wahrnehmen können, weil ihnen der Eingriff dort verweigert wird (und sie evtl. an eine Privatpraxis verwiesen werden). Dies deckt sich mit dem „Alltagswissen" der Bevölkerung[40] und die Federacja prangert mehrerer solcher Fälle öffentlich an[41]. In einem Urteil vom 21. Oktober 2003 hat das Oberste Gericht nun allerdings entschieden, dass eine Frau Schadenersatzansprüche hat, wenn ihr eine rechtmäßige Abtreibung verweigert wird. Diese Ansprüche betreffen nur entgangene Erwerbseinkünfte wegen Schwangerschaft und Geburt.[42] Auf ihrer Webseite hat die Föderation mittlerweile eine Anleitung mit Adressen und Telefonnummern veröffentlicht, wie vorzugehen ist, wenn ein Abbruch oder eine vorgeburtliche Untersuchung verweigert wird. Sie kommentiert dazu:

> „Wir möchten alle Frauen darauf hinweisen, dass ein Kontakt mit Institutionen und Ämtern für sie schwierig sein kann. Sicher gibt es Versuche, Sie von einer Stelle zur nächsten zu schicken. Wir raten, geduldig und entschlossen zu bleiben und sich möglichst nicht hin- und herschieben zu lassen. [...] Wir wissen, dass sich Frauen in einer Situation befinden, in der die Zeit läuft. Wir raten daher, bei jedem Einreichen einer Beschwerde zu unterstreichen, dass Sie um zügige Bearbeitung bitten. Als wir die obigen Informationen sammelten, standen wir selber vor vielen der erwähnten Schwierigkeiten. Wir sind uns bewusst, dass dies für eine Frau, hinter der keine Institution steht, wesentlich schwieriger sein kann als für uns."[43]

Diese Entwicklungen entsprechen dem Bild einer patriarchal-kontrollierenden Arzt-Patientin-Beziehung, wie sie die Föderation schon 1997 diagnostiziert hatte:

> „Diese Praxis, bei der die Patientin als Objekt behandelt wird, und nicht als wesentlicher Partner des Arztes, hat weit reichende Konsequenzen. Oft fühlt sich der Arzt nicht verpflichtet, die Frauen über ihren Gesundheitszustand zu unterrichten, er empfiehlt eine Therapie ohne Diskussion und ohne Wahlmöglichkeit, die sehr häufig möglich und sogar angezeigt ist. Eine so behandelte Frau fühlt sich für ihre eigene Gesundheit nicht verantwortlich, alle Verantwortung legt sie in die Hand des Arztes. [...] Die Ideologisierung der Sphäre der reproduktiven Gesundheit der Frau ist eine außerordentliche negative Erscheinung, verbunden u. a. mit einem traditionellen Rollenverständnis des Arztes, nach dem er [...] über Angelegenheiten nach seiner eigenen Weltanschauung entscheiden darf, die unserer Ansicht aber keinen Einfluss auf seinen Professionalismus haben sollte. Dies ist besonders sichtbar in der Beziehung des Arztes zu Abtreibung und Verhütung."[44]

Neben der Tendenz zu mehr Kindsaussetzungen und Kindstötungen, die von Zeit zu Zeit großes mediales Echo hervorrufen[45], ist die Konsequenz des weitgehenden Verbots das Blühen eines Abtreibungsuntergrundes. Die Föderation schätzt die tatsächliche Zahl der Aborte auf mindestens 80.000 pro Jahr. Die Preise für einen Eingriff liegen um die 600 $.[46] Besonders in größeren Städten ist es einfach, über die Kleinanzeigen-Rubrik zu einschlägigen Adressen zu kommen: „Alle Eingriffe" – „Hervorrufung der Monatsblutung" heißt es dort unter Angabe einer Handy-Nummer. In Polen scheinen ausschließlich ausgebildete Personen Abtreibungen zu machen[47], Krankenschwestern sehen allerdings von Zeit zu Zeit Frauen mit

[39] Federacja, 2000, S. 11 - 15.

[40] Vgl. CBOS (BS/40/40/97): Problem aborcji w szpitalach państwowych [Das Abtreibungsproblem in staatlichen Krankenhäusern], Warszawa.

[41] Vgl. Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny: Hölle der Frauen [Piekło kobiet], Materialien zum Tribunal. Verfügbar unter www.waw.pdi.net/~polfedwo/publikacje/podrecznik/pieklokobiet am 22. April 2004.Warszawa. Sowie Federacja, 2001 und Koral, 2001.

[42] Vgl. www.gminyrp.pl/serwisinfo/RP_23_04_4_3.html, verfügbar am 2. Juli 2004.

[43] Vgl.www.federa.org.pl/publikacje/ulotki/gdy_lekarz_odmawia.htm, verfügbar am 28.April 2004.

[44] Federacja, 1997, S. 14 f.

[45] In der Begründung des Gesetzesprojekts ist von fast 1000 Kindern p. a. die Rede, das sind vier Mal mehr als zehn Jahre zuvor.

[46] Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, The Anti-Abortion Law in Poland. The Functioning, Social Effects, Attitudes and Behaviors, Warszawa 2000, S. 12.

[47] Interview mit einer Referentin der Federacja na rzecz kobiet i planowania rodziny am 30. März 1999 in den Räumen der Federacja, S. 2.

Komplikationen nach verpfuschten (Selbst-)Abtreibungen auf ihren Stationen, halten sich aber an ihre Schweigepflicht, auch gegenüber den Ärzten, die einen solchen Fall anzeigen müssten.[48] Abgenommen hat seit Mitte der 90er Jahre der organisierte Abtreibungstourismus ins Ausland.

Im Realsozialismus war die Unterversorgung mit Verhütungsmitteln von den zuständigen Planern nicht als Problem gesehen worden.[49] Die Marktwirtschaft hat Auswahl, Qualität und Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln erheblich verbessert, und auch ihre Anwendung stieg in den 90er Jahren.[50] Heute sind Informationen zu Verhütungsmitteln in Polen offen zugänglich, allerdings sind Ärztinnen und Ärzte eine wenig verlässliche Quelle, da sie entweder aus eigenen Moralvorstellungen keine Methode empfehlen bzw. verschreiben oder aus Eigennutz z. B. überdurchschnittlich oft Spiralen nahe legen.[51]

Der Stand der Sexualerziehung in Polen ist unbefriedigend. Viele Kinder und Jugendliche sind für Informationen zu Sexualität, Liebe und Verhütung auf die Jugendzeitschrift „BRAWO" oder „die Straße" angewiesen. Lehrbücher zur „Vorbereitung auf das Familienleben" schüren Ängste, enthalten überwiegend Falschinformationen und reaktionäre Geschlechterrollen.[52] Seit dem Regierungswechsel 2001 ist es nicht gelungen, die Regierung zu einer Wiedereinführung einer obligatorischen und sachlichen Sexualerziehung zu bringen. Von feministischer Seite wird zurzeit eine polnische Übersetzung und Adaptation des amerikanischen feministischen Gesundheitsklassikers „Our bodies – our selves"[53] vorbereitet.

4. 2 Kampf um Begriffe – Kampf um einen offenen Diskurs

Zwei der wichtigsten Resultate der langen Abtreibungsdiskussion sind die Veränderungen des Sprachgebrauchs und die zunehmende Diskreditierung von Pro Choice-Argumenten:

[48] Federacja, 2000, S. 33 f. und 39 f.

[49] Titkow, 1999, S. 179 f.

[50] Federacja, 2000, S. 18 f.

[51] Federacja, 1997, S. 10.

[52] Vgl. M. Środa, Tanz mit der Melone [Taniec z melonem], in: Wysokie Obcasy vom 22. Januar 2000 und Titkow, 1999, S. 189.

[53] auf deutsch: Unser Körper – Unser Leben, erschienen bei Rowohlt.

> „Jemand, der überhaupt versucht, auf rationale Weise an moralische Probleme heranzugehen [...] wird sofort als Feind behandelt, als Gegner, um nicht zu sagen: als Inkarnation des Bösen. [...] Bisher ist das spektakulärste Beispiel in Polen dazu die Abtreibung. ‚Du willst darüber diskutieren, also bist du für die Tötung empfangener Kinder'. Schon die Sprache verunmöglicht übrigens oft die Diskussion. Abtreibung wurde schon vor einiger Zeit definiert als ‚Tötung empfangener Kinder', darum aus dem Bereich der Diskussion weggekehrt, denn wie kann man Argumente für das ‚Töten von Kindern' vorbringen?"[54]

Jacqueline Heinen und Anna Matuchniak-Krasuska[55] haben diese Strategien der polnischen Pro Life-Seite näher untersucht. Vor allem wurden neutrale Begriffe eliminiert und durch verzerrte, wertbeladende Begriffe ersetzt. Aus der Schwangeren wurde die Mutter, aus Fötus bzw. Embryo das empfangene Kind, das kleine Mädchen oder das Baby. Aus Abtreibung wurde Mord des Kindes im Schoße seiner Mutter u. ä. An sich neutrale Vorgänge wurden mit negativen Bezeichnungen versehen. Das liberale Gesetz von 1956, im Zuge der Entstalinisierung entstanden, wurde stalinistisch oder totalitär genannt. Heute hat sich die Bezeichnung „Kind" an Stelle von Embryo oder Fötus in der polnischen Publizistik, auch der liberalen, weitgehend durchgesetzt. Zudem wurde ein moralischer Rigorismus verbreitet, der nur eine einzige Entscheidung, die zur Geburt des Kindes, in welch unterschiedlichen Situationen auch immer, als richtig ansah.[56]

Gestützt auf diese Überlegungen plädiert Magdalena Środa vehement für eine offene und tabulose Diskussion über Abtreibung, Gentechnologie sowie über das Klonen. Neue wissenschaftliche Techniken dürften nicht vorab verurteilt werden. Moralischen Problemen und verschiedenen Standpunkten müsse man sich stellen. Was gestern noch als unmoralisch galt – lange verurteilte die Kirche Organtransplantationen – kann morgen schon anerkannt sein, wenn der Nutzen dieser Technik offenbar wird. Das könne auch mit dem Klonen geschehen. Der alleinige Bezug auf Religion, bewusste Manipulation sowie Unwissen gepaart mit dem Kult der Übertreibung führten zu einer Tabuisierung des Klonens. Środa sieht das eigentliche moralische Problem beim kommenden Gen-Engineering im ungleichen

[54] M. Środa, Wer hat Angst vorm Klon? [Kto boi się klonem?], in: Zadra 6/2001, S. 16 (Środa, 2001).

[55] Matuchniak-Krasuska/Heinen, 1995.

[56] Diese Begründungen standen in direktem personellen und politischen Zusammenhang über Auseinandersetzungen zur Trennung von Staat und Kirche – aus diesem Grund war etwa die Organisation „Neutrum für einen weltanschaulich neutralen Staat" auch Gründungsmitglied der Familienplanungsföderation.

Zugang für Arme und Reiche zu dieser Technologie, nicht in der Technologie selbst. Wissenschaft lasse sich nicht zensieren und kontrollieren – dies ginge nur mit der gesellschaftlichen Anwendung von Wissenschaft. Besonders empörend sei zudem bei all diesen Tabuisierungen, dass vor allem Frauen und Frauenkörper ihnen ausgesetzt sind. Von Geburtenkontrolle bis In-vitro-Fertilisation werde alles als gotteslästerlicher angesehen als – beispielsweise – der Militärbischof Głódz, der sich gerne mit Schusswaffen in der Öffentlichkeit zur Schau stellt – mit Waffen, die wohlgemerkt zum Töten von Menschen, auch von Kindern, dienen.[57] Darum:

> „Und schließlich – eine rationale Diskussion ist eine Wohltat für die Gemeinschaft, die wir sind. Sie klärt, belebt, verbindet, trägt zur Entwicklung und gegenseitigem Verständnis bei. Fürchten wir uns also nicht vor dem Klon. Diskutieren wir!"[58]

Ein Versuch, die Hoheit über die Begriffe wiederzuerlangen, stellt das von der Familienplanungsföderation propagierte Gesetzesprojekt zu bewusster Elternschaft dar,[59] in dem zu Beginn die Begriffe bewusste Elternschaft, Verhütungsmittel, pränatale Untersuchungen, Schwangerschaftsabbruch und schließlich unterstützte Fortpflanzung definiert werden. Konsequent ist immer von Eiern, dem Fötus und dem Embryo die Rede (vgl. dazu näher den Abschnitt 4. 6).

4. 3 Unkritische Teilhabe?

Bei medizinischen Verfahren und medikamentösen Eingriffen im Bereich der Reproduktion wird in der polnischen Frauenbewegung vor allem das Recht auf Teilhabe am medizinischen Fortschritt betont.

Dies liegt zum einen in den Erfahrungen der polnischen Gesellschaft begründet: Das Gesundheitswesen ist in einen öffentlichen und einen privatisierten Sektor geteilt. Dies geht auf realsozialistische Zeiten zurück, als mit der Verstaatlichung des Gesundheitswesens erstmals die ganze Bevölkerung Zugang zu medizinischer

[57] Środa, 2001, S. 15.

[58] Środa, 2001, S. 16.

[59] Federacja, 2004.

Versorgung hatte.[60] Gleichzeitig blieb das Gesundheitswesen aber hinter Bedarf, Bedürfnissen und medizinischen Möglichkeiten zurück. Regionale und ständische Unterschiede in Qualität und Verfügbarkeit von medizinischen Leistungen führten zu Akzeptanzproblemen und schließlich zu einem grauen Markt für Dienstleistungen. Seit der Wende wuchs die Kluft zwischen öffentlich-kostenlosen und privat-kostenpflichtigen Leistungen, zwischen arm und reich besonders deutlich. Der tatsächliche Zugang für alle Einwohnerinnen und Einwohner zu Gesundheitsleistungen ist darum ein zentrales politisches Erfolgskriterium, an dem sich soziale Gerechtigkeit messen lässt. Zugang bedeutet in diesem Diskurs auch immer Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt und an der Moderne. Viele medizinische Leistungen – und sei es nur ein einfacher Ultraschall – sind je nach Region und Geldbeutel nur mit langen Wartezeiten zu erreichen. Jede zusätzliche Begrenzung des Zugangs zu bestimmten Leistungen aus ideologischen Gründen oder vorgeschobenen finanziellen Gründen muss darum umso mehr empören.

Zum anderen wird mit Einschränkungen, Verboten oder Entzug der Finanzierung von konservativ-katholischer Seite immer versucht, die Entscheidungsfreiheiten von Frauen über ihre eigene Fortpflanzung und ihren Körper einzuschränken. Deutlich wird dies bei pränataler Diagnostik und der „Pille danach". Am Beispiel eines Streits zur Hormonersatztherapie lässt sich zeigen, dass dieses Setting auf feministischer Seite zu Kritiklosigkeit und mangelnder Differenzierung führen kann.

4. 3. 1 Pränatale Diagnostik und die „Pille danach"

Als 1999 die Strafen für Ärzte und Ärztinnen verschärft wurden, wenn es bei pränatalen Untersuchungen zu Schädigungen des „empfangenen Kindes" (vorher: der Leibesfrucht) kommen sollte, protestierte die Familienplanungsföderation öffentlich dagegen. Sie befürchtete, dass in Zukunft noch weniger Untersuchungen durchgeführt würden: 1998 waren es offiziell 1654 gewesen (zum Vergleich: im vier Mal kleineren Tschechien waren es 10.000).[61] Dies könnte dazu führen, die enge eugenische Indikation weiter auszuhebeln. Während des schon erwähnten Tribunals im Jahr 2001 wurde auch ein Fall dokumentiert, wo einer Schwangeren, die schon ein behindertes Kind zur Welt gebracht hatte, die Überweisung zur pränatalen Diagnostik standhaft und von verschiedenen Seiten verweigert wurde.

[60] F. Knieps, Transformationsprozesse im Gesundheitswesen – Die Einführung einer sozialen Krankenversicherung in Polen, in: Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht 12, No. 1, 1998, S. 11 - 20.

[61] Vgl. Biuletyn Federacji, 5/1999.

Bei einer anderen Frau, die die Schwangerschaft wegen des Down-Syndroms abbrechen lassen wollte, wurden ohne Rechtsgrundlage immer weitere Dokumente und Einwilligungen verlangt, als sie bereits im Krankenhaus lag – das sie schließlich verließ, um den Eingriff in einer anderen Klinik durchführen zu lassen. Die Grundlage für eine eigenverantwortliche Entscheidung von Frauen – nämlich ob sie eine bestimmte Untersuchung machen lassen wollen oder nicht – wird verweigert. Für eine feministische Diskussion über gesellschaftliche Wirkungen und Risiken pränataler Diagnostik fehlt damit sozusagen das Problem.

Wie bereits in den Definitionen aus dem Gesetzesprojekt der Föderation deutlich wurde, besteht eine Schwangerschaft nach feministischer Auffassung erst, wenn sich ein befruchtetes Ei in die Gebärmutter eingenistet hat. Verschiedene Medikamente sind in Polen als „Pille danach" zugelassen, die je nach Zykluszeitpunkt den Eisprung, die Befruchtung oder das Einnisten eines Eies in die Gebärmutter verhindern und eine Monatsblutung hervorrufen. Die Familienplanungsföderation propagiert unter Berufung auf Empfehlungen der WHO in ihrer Beratungstätigkeit, in ihren Publikationen und auf ihrer Webseite diese Methode der „Verhütung in plötzlichen Situationen". Eine weitere Verbreitung sei in Polen sehr zu wünschen:

> „Die Verbreitung von Informationen zu dieser Methode führt zu weniger ungewollten Schwangerschaften und verringert die Zahl von Abtreibungen. Die Anwendung der Pille sollte auch Bestandteil der Hilfe für Frauen sein, die Opfer einer Vergewaltigung wurden."[62]

Der Einsatz für die „Pille danach" ist nicht nur Engagement für Verhütung, sondern ebenso ein Bemühen für die eigenen Definitionen und Begriffe. Ein Artikel in der Gazeta Wyborcza im Januar 2001 bezeichnete die Pille danach als frühabtreibend. Ein Leserinnenbrief der Direktorin der Föderation provozierte die Reaktion des obersten Gynäkologen des Landes, Bogdan Chazan („nationaler Berater"), der in derselben Zeitung seine ideologische Lehrmeinung folgendermaßen formulierte:

> „Der Brief [...] führt die Leser in die Irre. Das Wort Antikonzeption bedeutet Verhütung der Empfängnis (Konzeption), indessen verhindert ein Hormonmedikament, das nach dem Verkehr gegeben wird, die Empfängnis nicht. Wenn es zur Empfängnis kommt, erschwert es das Einnisten des befruchteten Eies, führt zur Abtreibung (usunięcie) des befruchteten Embryos und zu seiner Vernichtung. Viele Leser der „Gazeta" sind der Meinung, dass das Leben in dem Moment beginnt, in dem Ei- und Samenzelle miteinander verschmelzen. Es ist unerheblich, ob eine Schwangerschaft begonnen hat, es ist wichtig, dass ein Mensch entstanden ist. Eine Tablette „nach dem Verkehr" macht ihn zunichte, wirkt also abtreibend und nicht verhütend."[63]

Zurzeit ist die „Pille danach" in Polen aber weiterhin auf Rezept erhältlich.

4. 3. 2 Hormontherapie

Die Forderung nach Teilhabe am medizinischen Fortschritt kann sogar so stark sein, dass feministische Bedenken in anderen Gesundheitsbereichen verneint werden. Im Jahr 2000 berichtete Dorota Czajkowska-Majewska, eine Mitarbeiterin des National Institute for Health in Washington, in der Zeitschrift „ZADRA" von den beunruhigenden Ergebnissen der großen Hormonersatztherapie-Studie, die erhöhte Krebsrisiken zeigten.[64] In einer „klassisch feministischen" Argumentation kritisierte sie die Propagierung der Hormonersatztherapie als pharmazeutisches Absatzmarketing, das einherginge mit Frauenverachtung. Als Beleg führte sie den Vater der Hormontherapie Robert Wilson an, der schon 1966 die Menopause als „Krankheit Östrogenmangel" bezeichnete und mit der Hormongabe ewige Weiblichkeit versprach. Die Menopause sei aber ein natürlicher physiologischer Vorgang und keine Krankheit. Zudem gebe es genügend natürliche Mittel, um die Beschwerden und Gefahren, z. B. Osteoporose, zu minimieren. Zwei Nummern später erschien eine vehemente Antwort von Ewa Dąbrowska-Szulc in der ZADRA, in der sie die Argumentation als falsch, verlogen und für die polnische Situation vollkommen unangebracht kritisierte:

> „Wir leben in einem Land, in dem immer noch zu viele Gynäkologen sich Frauen gegenüber gemäß dem biblischen Gebot „und unter Schmerzen sollst Du gebären" verhalten."

Menopause und Klimakterium interessiere niemanden in der polnischen Frauenheilkunde, denn für die „Mutter Polin" hieße es Kinder zu gebären, danach interessiere sie nicht mehr. Und weiter:

---

[62] Biuletyn Federacji, 3/11, 1998.

[63] Zitiert nach Biuletyn Federacji 2/19, 2001.

[64] Die Studie wurde deswegen zwischenzeitlich abgebrochen, da ihre Fortführung als unethisch angesehen wurde. Informationsportal des Bundesgesundheitsministeriums dazu: www.bmgs.bund.de/deu/gra/service/links/5169.cfm.

> „Polen ist ein Land, in dem es keine „Pillenrevolution" gab. Und es wurde auch kein Ort des „Hormonkults". Im Gegenteil: Hormon-Medikamente für Frauen sind das Kampfobjekt für verblendete Entscheidungsträger der AWS. Ich erinnere hier an die Entscheidungen zur freien Wahl und zur Selbstzahlung hormoneller Verhütungsmittel. [...] Die anti-hormonalen Äußerungen von Dorota Czajkowska-Majewska stimmen in diesen Chor ein, nur natürliche Methoden empfehlend, wenn es um die Entscheidung von Frauen über ihr Intimleben geht."

Schließlich sei es unethisch, Frauen Angst und Schrecken einzuflößen, wenn von Millionen von Krebstoten infolge der Hormoneinnahme gesprochen werde. Czajkowska-Majewska weist in derselben Nummer in ihrer Replik nochmals darauf hin, dass diese hormonkritischen Studien auf Initiativen von Feministinnen im Gesundheitswesen lanciert wurden. Mit dem Totschlagargument unter polnischen Intellektuellen konstatiert sie zudem:

> „In den USA machen nur ungebildete oder naive Frauen eine Hormonersatztherapie."

Die Diskussion ist so sehr von Abwehr geprägt, dass ein Eingehen auf die Argumente unmöglich erscheint.[65]

4. 4 Das Streben nach Autonomie

Ungeachtet dieser „blinden Flecken" ist es der polnischen Frauenbewegung gelungen, ausgehend von der Abtreibungsdebatte ein eigenes positives liberales Autonomieverständnis zu formulieren. Es ist in Abgrenzung zu zwei konträren Ideologien, der marxistisch-leninistischen sowie der katholischen, entstanden:

Das Rechtsverständnis des Realsozialismus war instrumentell. Menschen- und Bürgerrechte standen unter dem Vorbehalt der Interessen der herrschenden Klasse, also der Partei. Die Rechtswirklichkeit war von politischer Vereinnahmung, Gewalteneinheit, Rechtsbeugung und geringer moralischer Verbindlichkeit für die

[65] Vgl. D. Czajkowska-Majewska, Niedergang des Hormonkults [Zmierzch kultu hormonów], in: Zadra No. 5/2000, S. 141 - 43, D. Czajkowska-Majewska, Und es ist trotzdem schädlich [A jednak szkodzi], in: Zadra No. 7/2001, S. 30 - 31 sowie E. Dąbrowska-Szulc, Ich verbitte mir eine solche Natur! [Wypraszam sobie taką naturę], in: Zadra No. 7/2001, 28 - 29.

Individuen geprägt.[66] Der Realsozialismus brachte vielen Frauen aber auch einen realen Zuwachs an persönlichen Handlungsmöglichkeiten durch rechtliche Gleichstellung, eigenes Einkommen oder die De-facto-Fristenregelung. Gleichzeitig waren die Bedingungen, die eine faktische Autonomie verhinderten, durch fehlende politische Rechte nicht öffentlich skandalisierbar – wie etwa Gewalt gegen Frauen oder die beschämend schlechte Versorgung mit Verhütungsmitteln. 1989 trat die katholische Ideologie offen auf die politische Bühne und wollte gerade im Bereich der Reproduktion kirchlich definiertes göttliches Naturrecht dem gesellschaftlichen Diskurs entziehen. Frauen wurde und wird eine klar biologisch definierte Rolle zugewiesen, die der Mutter, aus denen andere Aufgaben nur abgeleitet werden. Mit der Forderung Abtreibung zu verbieten, wird Frauen abgesprochen, dass sie volle Bürgerinnen, moralisch handelnde und selbstverantwortliche Subjekte sind, die ihre Entscheidungen selbst treffen müssen: Schließlich werden ihnen weniger Rechte als einer befruchteten Eizelle oder einem Embryo zugesprochen und über ihr Leben müssen höher gestellte Instanzen bestimmen – die Männer der Kirche, der Staat, Richter und Gesetze. Eine weitere Figur in der Diskussion, nämlich diejenige von Aufopferung und Entsagung sowie der freiwilligen Selbstaufgabe wird von katholischer Ideologie propagiert wie sie auch im Marxismus-Leninismus verbreitet war, wenn auch zu anderen Zwecken. Wollen die einen die Nation stärken, kam es anderen auf Opfer zum Aufbau des Sozialismus an.

Von Anfang an stritten Frauen des frauenpolitischen Milieus um das Recht, endlich über das eigene Leben selbst zu bestimmen – und zwar in jeder Hinsicht, auch bei der Frage eines Kindes: „Mój brzuch – moja decyzja" – „Mein Bauch – meine Entscheidung". Fast idealtypisch formuliert dies die anarchofeministische Organisation Wiedźma (Hexe):

> „Das Recht auf Wahlfreiheit, auf bewusste Mutterschaft und Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist das Grundrecht jeder Frau. Leider leben wir in einem Land, in dem uns dieses Recht genommen wurde. Den polnischen Frauen wurde die Herrschaft über ihre eigenen Körper entzogen. Die polnische Regierung entscheidet für uns und zwingt uns im Voraus Werte und Doktrinen auf, an die wir uns zu halten haben. Die Tatsache, dass die katholische Kirche Abtreibung als Verbrechen und Sünde ansieht, darf nicht auf das Leben der ganzen Gesellschaft oder Teilen davon einwirken, denn nicht jeder in diesem Land ist Katholik und das Recht gilt für alle."[67]

[66] Vgl. Fuchs, 2003, S. 146 - 149.

[67] Vgl. www.wiedzma.most.org.pl/, Thema aborcja, Januar 2004, verfügbar am 18. Februar 2004.

Der Text fährt fort:

„Denke daran!
Der Körper einer Frau gehört nur ihr selbst und nur sie selbst hat das Recht, über ihn zu entscheiden.
Du bist es, die die Konsequenzen einer unerwünschten Schwangerschaft trägt – und darum geht das wirklich niemanden etwas an.
Priester werden nicht schwanger!!!
Lass es nicht zu, dass Mutterschaft für dich eine erzwungene Pflicht wird.
Du bist keine Märtyrerin und niemandes Sklavin.
Denk immer zuerst an dich.
Verlange volle Kontrolle über dein eigenes Leben.
Dein Körper – deine Wahl."

In feministischen Texten durchgängig abgelehnt wird also die Mutterschaft als soziale Zwangsinstitution für Frauen, die mit Religion, Recht und Moral durchgesetzt werden soll. Bejaht und positiv bewertet wird Mutterschaft als individuelle Erfahrung mit der Möglichkeit, dieses Muttersein selbstbestimmt zu prägen. Dies schließt die Forderung nach guten Rahmenbedingungen für Elternschaft mit ein.[68]

Um sich dauerhafte politische Unterstützung zu sichern, wurde im März 2003 das „Manifesta" lanciert, das von fast 300 Einzelpersonen, darunter vielen bekannten Intellektuellen, unterschrieben wurde. Darin gibt es eine positive Definition des Autonomiegedankens, die in einer kraftvollen poetischen Sprache formuliert ist. Als breit abgestützte Erklärung dürfte diese Definition konsensfähig sein:

„4. Schützen wir stets das Recht der Person, über das eigene Leben zu bestimmen.
Schaffen wir an ihrer Freiheit und ihrer Autonomie.
Entwickeln wir kritisches und schöpferisches Denken.
Finden wir uns nicht mit Herdentum, Stumpfsinn und Stereotypen ab, mit Konformismus und Zwang.

5. Meiden wir jene, die den Mund voller Tugend haben, aber denen das Leid der Menschen egal ist.

[68] Vgl. M. Ciechomska, Macierzyństwo a feminizm, in: Inny Świat - pismo anarchistyczne, 2002, und Texte in Zadra 8-9/2001.

Lassen wir uns von unserer eigenen Erfahrung leiten, sie ist der beste Wegweiser.
Die Moral hat kein Geschlecht. Die Vorstellung, Frauen und Männer hätten unterschiedliche Pflichten, ist falsch. Moralisches Subjekt ist immer das Individuum, und nie das Geschlecht. Und jedes hat das Recht auf einen individuellen Weg.

6. Wir sagen laut und deutlich, dass es niederträchtig ist, Frauen gegen ihren Willen zur Geburt eines Kindes zu zwingen. Die Gesetze, die dazu nötigen, sind Gesetze von Verfolgern der Eltern und Kinder, weil das Gute an der Geburt eines Kindes, das man sich wünscht und das man liebt, in das Böse von Erniedrigung und Hass verwandelt wird.
Und das ist das moralische Prinzip: Füge anderen kein Leid zu."[69]

Biologische Unterschiede zur Rechtfertigung unterschiedlicher Rechte, Pflichten oder Bedürfnisse werden zurückgewiesen. Gleichzeitig wird formuliert, was mit Autonomie und Freiheit erreichbar ist, nämlich kritisches und schöpferisches Denken, Wunschkinder und Zufriedenheit.

4. 5 Das Gesetzesprojekt über bewusste Elternschaft

Alle bisher angesprochenen Themen tauchen im Gesetzesprojekt zu bewusster Elternschaft der Familienplanungsföderation von 2004 wieder auf. Das Projekt wurde im Vorfeld mit Frauenorganisationen ausführlich beraten und regelt Rechte und Pflichten bei gewollter und ungewollter Schwangerschaft sowie bei Kinderlosigkeit. Es umreißt staatliche Pflichten im sozialen Bereich und weist der Sexualaufklärung eine zentrale Rolle zu. In Artikel 3 werden die verwendeten Begriffe folgendermaßen definiert:

- „Bewusste Elternschaft (świadome rodzicielstwo), d. h. die Freiheit, verantwortlich zu entscheiden, ob, wie viele und wann man Kinder möchte;
- Verhütungsmittel (środki zapobiegania ciąży), d. h. medizinische Erzeugnisse und Heilprodukte, die in Polen zugelassen sind und zum Ziel haben, die Befruchtung eines Eis zu verhindern bzw. das Einnisten eines befruchteten Eis in die Gebärmutter – damit ist beispielsweise die Spirale

[69] Vgl. http://www.oska.org.pl/manifa/manifa2003/manifesta.html, Übersetzung aus Fuchs, 2003, S. 309 f.

und die Pille danach als Verhütungsmittel und nicht als Abtreibungsmittel definiert;

- pränatale Untersuchungen (badania prenatalne), d. h. ärztliche Untersuchungen auf Wunsch der schwangeren Frau, die zum Ziel haben, eine Schwangerschaft, ihr Fortschreiten sowie die richtige Entwicklung des Embryos bzw. der Leibesfrucht zu bestimmen – damit ist alles vom Ultraschall bis zur genetischen Untersuchung abgedeckt;
- Schwangerschaftsabbruch (przerwanie ciąży), d. h. ärztliches Handeln mit Einverständnis der Frau nach der Einnistung des Eis in die Gebärmutter, das zum Ziel hat, die weitere Entwicklung des Embryos bzw. der Leibesfrucht zu verhindern;
- unterstützte Fortpflanzung (wspomagana prokreacja), d. h. ärztliches Handeln gemäß medizinischem Wissen und mit Einverständnis der interessierten Personen, um Ei- oder Samenzellen zu gewinnen, die künstliche Befruchtung von Eizellen in vivo oder in vitro sowie die Ermöglichung der weiteren Entwicklung des Embryos oder seine Aufbewahrung mit dem Ziel, ihn in den Körper der Frau zu bringen.
- Der Entwurf enthält das Recht auf medizinische und soziale Fürsorge für Schwangere – inklusive der Pflicht, Schülerinnen weiterhin Schulbesuch und Abschluss zu ermöglichen (Art. 5). Zentral ist das Pflichtfach Sexualkunde in der Schule, das u. a. über Sexualität, Verhütung, HIV-Prophylaxe sowie Schutz vor sexueller Ausbeutung informieren muss (Art. 6). Moderne Verhütungsmittel sind aus der allgemeinen Krankenversicherung zu zahlen (Art. 7). Alle Personen sollen Zugang zu Leistungen der unterstützten Fortpflanzung haben, mit drei kostenlosen Zyklen (Art. 8). Eine Schwangerschaft kann bis zur 12. Woche abgebrochen werden, danach ist ein möglichst frühzeitiger Abbruch aus eugenischen, medizinischen und kriminologischen Gründen zulässig, bis der Fötus außerhalb des Mutterleibes leben kann (Art. 9). Das medizinische Personal kann Leistungen aus Gewissensgründen ablehnen (ausgenommen Leistungen zur Verhütung), wobei eine schriftliche Erklärung aber bei der Klinikleitung oder der Ärztekammer schriftlich hinterlegt werden muss und diese auch einsehbar ist."

In der Begründung heißt es, dass mit dem Gesetz die Nutzung der Rechte und Freiheiten „in einem der existenziellsten Bereiche des Lebens" sichergestellt werden soll. Das Gesetz folge damit der Verfassung und der verfassungsmäßigen Rechtssprechung. Das Gesetz werde negative soziale Erscheinungen stoppen. Dazu gehörten ungewollte Schwangerschaften, ein Abtreibungsuntergrund mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen und die Gesundheitskosten, das Phänomen verlassener Kinder sowie die „Wehrlosigkeit" von Kindern gegenüber sexueller Ausbeutung durch mangelnde Aufklärung.

Im Entwurf geht es nicht nur um liberale Freiheitsrechte auf Autonomie – etwa durch eine Fristenregelung, sondern ebenso um die faktischen Möglichkeiten, eine gewollte Schwangerschaft und ein Kind in guten medizinischen und psychosozialen Bedingungen zu verbringen bzw. aufzuziehen. Detaillierte Vorschriften zum Zugang und zur Finanzierung von Verhütungsmitteln, vorgeburtlichen Untersuchungen und schließlich der unterstützten Fortpflanzung nehmen das Thema des Zugangs zu medizinischem Fortschritt auf. Bei letzterem fällt auf, dass der Kreis der Berechtigten nicht weiter bezeichnet wird. Im Prinzip stehen damit die Techniken allen, also auch gleichgeschlechtlichen Paaren und Nichtverheirateten offen. Eine ausdrückliche Klarstellung wäre hier wohl bedenkenswert, wird in der gängigen polnischen juristischen und medizinischen Literatur Unfruchtbarkeit immer als eheliche Unfruchtbarkeit verstanden. Die Verwendung von Embryonen ist klar beschränkt: Sie dürfen nur mit dem Ziel aufbewahrt werden, ihn in den Mutterleib einzusetzen.

Im April 2004 wurde das Projekt im Parlament eingereicht. Unterstützt wurde es von 49 Abgeordneten, vor allem der Postkommunisten (SLD) und der Sozialdemokraten. Federführend ist eine Gruppe um die Danziger SLD-Abgeordnete Joanna Senyszyn.[70]

Gängige feministische Kritik an Reproduktionstechnologien, um *ein* oder *ein bestimmtes* Kind zu bekommen aus einer Autonomieperspektive heraus, habe ich in den gesichteten Texten nicht gefunden. Dazu gehört beispielsweise das Risiko ökonomischer Ausbeutung, medizinische Dominierung durch Ärzte, die Infragestellung der Selbstbestimmung über die eigene Reproduktion, die Befürchtung, dass Frauen erneut in die Reproduktionsrolle gedrängt werden.[71] Diese Befürchtungen gibt es in Polen auch – aber sie werden, soviel dürfte deutlich geworden sein, nicht vornehmlich durch neue Reproduktionstechnologien genährt.

5. Fazit

Der vorliegende Beitrag hat die Haltung der polnischen Frauenbewegung zu Reproduktion und verschiedenen Reproduktionstechnologien aufgezeigt. Dabei wurde deutlich, dass Verfahren, um kein Kind zu bekommen – vor allem also Abtreibung, aber auch Verhütung, im Zentrum der Entwicklung der Frauenbewegung und ihrer Strategien stehen. Das faktische Abtreibungsverbot, der blühende und unwürdige Abtreibungsuntergrund sowie die diskursive Hegemonie

[70] Biuletyn Federacji, Juni 2004.

[71] Vgl. Rothmayr, 2003, S. 190.

katholisch-fundamentalistischer „Lebensschützer" in der polnischen Öffentlichkeit führen dazu, dass der Zugang zu legalen und sicheren Schwangerschaftsabbrüchen das *pièce de resistance* der frauenpolitischen Forderungen sind und andere Fragen der politischen Regulierung von Reproduktion relativ wenig Bedeutung haben. Techniken, *ein* oder *ein bestimmtes* Kind zu bekommen wie künstliche Befruchtung und pränatale Diagnostik werden vor allem aus der Perspektive der Zugänglichkeit betrachtet und befürwortet. Der Verlauf der Abtreibungsdebatte verdeutlicht, dass die Frauenbewegung auf einem schmalen Grat argumentieren muss, um gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen bzw. nicht zu verlieren. Die Strategie, positive Forderungen in den Vordergrund zu stellen, den Bezugsrahmen von Abtreibungsfreiheit auf reproduktive Gesundheit, Gleichheit vor dem Recht und die faktischen Möglichkeiten des Genusses der Rechte auszuweiten, gibt aber auch die Chance, die Agenda zu erweitern. Dies ist mit dem Gesetzesprojekt zu bewusster Elternschaft geschehen, dessen Themenspektrum einen Eindruck wichtiger Probleme in diesem Bereich in Polen gibt.

Die Frauenbewegung ist bemüht, überhaupt über Abtreibung zu sprechen und zwar mit „eigenen Begriffen" und nicht mit dem wertbeladenen Vokabular ihrer Gegner. Überhaupt sprechen zu können, bedeutet aber nicht, dass über alles gesprochen werden kann. Häufig werden kritische Aspekte eigener Anliegen oder medizinischer Methoden nicht diskutiert. Dies geschieht aus der durchaus realen Besorgnis heraus, in einer polarisierten Meinungslandschaft plötzlich unglaubwürdig zu wirken. Der Zugang zu Leistungen, die faktischen Möglichkeiten, Rechte auch zu genießen, überwiegt in der Verwendung des Autonomiebegriffes. Im Gesetzesprojekt zu bewusster Elternschaft nimmt die Frauenbewegung im Bereich der unterstützten Fortpflanzung eine liberale Haltung ein, die den feministischen Gruppen in vielen anderen Ländern ähnlich ist.

Es ist möglich, dass Technologien künstlicher Befruchtung auf die politische Agenda kommen, wenn das Gesetzesprojekt zu bewusster Elternschaft breit öffentlich diskutiert werden sollte. Auch ein Vorstoß katholisch-konservativer Kreise, etwa der Liga Polskich Rodzin (Liga Polnischer Familien) zur Beschränkung dieser Technologien ist möglich. Erfolgreich durch Katholiken initiierte Gesetzesbeschränkungen in Italien könnten nachgeahmt werden, besonders wenn es in der innenpolitische Situation ratsam erscheint, ein symbolisches Politikfeld zu beleben. Diese Überlegungen werden allerdings solange bloße Theorie bleiben, solange die bestürzend desolate Finanzierungssituation des polnischen Gesundheitswesens nicht gelöst wird, die durch die Ablösung der Krankenkassen durch einen Nationalen Gesundheitsfonds entstanden ist.

Die Frauenbewegung hat mehrmals gezeigt, dass sie politisch handlungsfähig ist und auch provokativ vorgehen kann. Feministische Debattenbeiträge auf breiterer Basis sind daher zu erwarten. Diese werden aber weiterhin in Abhängigkeit zur Regulierung der Abtreibung formuliert werden.

Verwendete Literatur:

I. Bleiklie, M. Goggin, Ch. Rothmayr (Hrsg.), Comparative Biomedical Policy: Governing Assisted Reproductive Technologies, London/New York 2004.

Ch. Bunch, Women's Rights as Human Rights: Toward a Re-Vision of Human Rights, in: Human Rights Quarterly, Vol. 12, 1990, S. 486 – 498.

CBOS (BS 97/97/97): Stosunek do aborcji po orzeczeniu Trybunalu Konstytucjalnego [Einstellung zur Abtreibung nach dem Entscheid des Verfassungsgerichts], Warszawa.

CBOS (BS/40/40/97): Problem aborcji w szpitalach państwowych [Das Abtreibungsproblem in staatlichen Krankenhäusern], Warszawa.

M. Ciechomska, Macierzyństwo a feminism, in: Inny Świat – pismo anarchistyczne, 2002, S. 34 - 35.

R. Cook, Women's International Human Rights: The Way Forward, in: Human Rights Quarterly, Vol. 15, 1993, S. 230 – 261.

D. Czajkowska-Majewska, A jednak szkodzi [Und es ist trotzdem schädlich], in: Zadra No. 7/2001, S. 30 - 31.

D. Czajkowska-Majewska, Zmierzch kultu hormonów [Niedergang des Hormonkults], in: Zadra No. 5/2000, S. 141 - 43.

E. Dąbrowska-Szulc, Wypraszam sobie taką naturę [Ich verbitte mir eine solche Natur!], in: Zadra No. 7/2001, S. 28 - 29.

Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, Biuletyn Federacji na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, Warszawa 1995.

Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, Zdrowie reprodukcyjne kobiet w Polsce [Die reproduktive Gesundheit von Frauen in Polen], Warszawa 1997.

Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, The Anti-Abortion Law in Poland. The Functioning, Social Effects, Attitudes and Behaviors, Warszawa 2000.

Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, Piekło kobiet [Hölle der Frauen], Materialien zum Tribunal, Warszawa 2001. Verfügbar unter www.waw.pdi.net/~polfedwo/publikacje/podrecznik/piekłokobiet am 22. April 2004.

Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, Projekt ustawy o świadomym rodzicielstwie [Gesetzesprojekt über bewusste Elternschaft], Warszawa 2004. Verfügbar unter www.federa.org.pl/ustawa.htm am 28. April 2004.

H. Fehr, Von der „Solidarität" zum Kampf um die Macht: Elitenbildung und Intelligenz in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte No. B 8/1998, S. 10 - 20.

G. Fuchs, Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess. Politik der Geschlechterverhältnisse 21. Frankfurt/M., Campus 2003.

M. Fuszara, Abortion and the Formation of the Public Sphere in Poland, in: M. Mueller, N. Funk (Hrsg.), Gender Politics and Postcommunism, New York 1993, S. 241 - 252.

S. Gal, G. Kligman, The Politics of Gender after Socialism. A Comparative-Historical Essay. Princeton 2003, Princeton University Press.

E. Hauser, B. Heyns, J. Mansbridge, Feminism in the Interstices of Politics and Culture: Poland in Transition, in: N. Funk, M. Mueller (Hrsg.), Gender Politics and Postcommunism, New York 1993, S. 257 - 273.

J. Heinen, A. Matuchniak-Krasuska, Abortion in Poland: A Vicious Circle or a Good Use of Rhetoric. A Sociological Study of the Political Discourse of Abortion in Poland, in: Women's Studies International Forum 18, No. 1, 1995, S. 27 - 33.

Interview Federacja 1, Interview mit der Direktorin der Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny am 26. Juli 1999 in der Kantine des Woiwodschaftsparlaments in Warschau.

Interview Federacja 3, Interview mit einer Referentin der Federacja na rzecz kobiet i planowania rodziny am 30. März 1999 in den Räumen der Federacja.

J. Joachim, Structures and Processes of Political Negotiation/Governance: The UN, Women's NGOs and the Case of Reproductive rights, in: B. Holland-Cunz, U. Ruppert (Hrsg.), Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext, Opladen Leske + Budrich 2000, S. 123 - 132.

R. Klingebiel, Sh. Randeria (Hrsg.), Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen, Bonn 1998, Dietz.

F. Knieps, Transformationsprozesse im Gesundheitswesen – Die Einführung einer sozialen Krankenversicherung in Polen, in: Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht 12, No. 1, 1998, S. 11 - 20.

B. Koral, Tutaj lekarz jest bogiem, Wysokie Obcasy 151, 2001, S. 30 - 35.

T. Kulawik, ExpertInnen unter sich? Geschlecht, Demokratie und Biotechnologiepolitik in Schweden, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 32, Nr. 2, 2003, S. 163 - 176.

A. Matuchniak-Krasuska, Czym była dyskusja o aborcji? [Worum ging es bei der Abtreibungsdiskussion?], in: A. Titkow; H. Domanski (Hrsg.), Co to znaczy być kobieta w Polsce [Was es heißt, in Polen Frau zu sein], Warszawa 1995, S. 189 - 212.

D. McBride Stetson (Hrsg.), Abortion politics, women's movements, and the democratic state. A comparative study of state feminism. Oxford University Press 2001.

Ośka, Relacje z przebiegu wizyty Women on Waves w Polsce 21.06.-0.07.2003 [Berichte über den Verlauf des Besuches von Women on Waves in Polen vom 21.06.-0.07.2003], Warszawa 2003. Verfügbar unter: www.oska.org.pl/wydarzenia/wow.html am 28. April 2004.

C. Ramijoué, U. Klöti, Assisted Reproductive Technology Policy in Italy. Explaining the Lack of Comprehensive Regulation, in: I. Bleiklie, M. Goggin, Ch. Rothmayr (Hrsg.), Comparative Biomedical Policy: Governing Assisted Reproductive Technologies. London/New York 2004.

Ch. Rothmayr, Politikformulierung in der Fortpflanzungstechnologie: Partizipation und Einfluss feministischer Gruppierungen im internationalen Vergleich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 32, Nr. 2, 2003, S. 189 - 200.

R. Siemieńska, Frauen als politisch Handelnde im postkommunistischen Polen, in: W. Koschmal (Hrsg.), Die Frau in der polnischen Gegenwartskultur, Köln: Böhlau 1996, S. 91 - 124.

D. Snow, R. D. Benford, R. D., Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization, in: B. Klandermans, H. P. Kriessi, S. Tarrow (Hrsg.), International Social Movement Research, Vol. 1. London: J. A. Press 1988, S. 197 - 217.

D. Snow, R. Burke jr., E., S. K. Worden, R. D. Benford, Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation, in: American Sociological Review 51, No. 4, 1986, S. 464 - 481.

M. Środa, Taniec z melonem [Tanz mit der Melone], in: Wysokie Obcasy vom 22. Januar 2000.

M. Środa, Kto boi się klonem? [Wer hat Angst vorm Klon?], in: Zadra Nr. 6, 2001, S. 14 – 16.

M. T. Staszewski, J. B. Falski, B. Jacek, Normatywne i spoleczne aspekty referendum w Polsce [Normative und gesellschaftliche Aspekte des Referendums in Polen], in: M. T. Staszewski, D. Waniek (Hrsg.), Referendum w Polsce i w Europie Wschodniej [Das Referendum in Polen und Osteuropa], Warszawa 1996, S. 11-76.

B. Szklarski, Semi-public democracy. Articulation of interests and systemic transformation. Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk, Warsaw 1997.

M. Tarasiewicz, Poland – Choices to be made. In: Feminist Review No. 39, 1991, S. 182 - 186.

A. Titkow, Poland. In: H. P. David (Hrsg.), From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, Westport; London: Greenwood Press 1999, S. 165 - 190.

Z. Wilkiewicz (Bearbeiter), Abtreibungspraxis in Polen vor der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, in: Osteuropa-Archiv No. 4, 1997, S. 161 - 168.

Women on Waves, Report Poland. Den Haag 2003. Verfügbar unter www.womenonwaves.org/poland2003/report.html am 28. April 2004.